



AKTUELL

Berlin, November 2002

~~Weihnachtsgeld~~

~~Urlaubsgeld~~

~~Besoldungsanpassung~~



Das planen die Politiker:

- Per Gesetz sollen künftig die Länder selbst bestimmen, ob sie Urlaubsgeld und in welcher Höhe sie Weihnachtsgeld zahlen.
- Außerdem könnten sie bis zu 10 Prozent weniger Besoldung zahlen (gemessen an der Bundesbesoldung).
- Das Ganze soll ebenfalls im Tarifbereich per Öffnungsklausel vereinbart werden.

Die Tendenz ist unübersehbar: Die meisten Ministerpräsidenten signalisierten für den Beamtenbereich bereits Zustimmung.

Unsere Antwort:

Wiederum ist es der öffentliche Dienst, der als Erster zur Kasse gebeten werden soll, obgleich die Beschäftigten für die Ebbe in den Haushaltskassen nicht verantwortlich sind.

Wir werden erbittert Widerstand leisten!

Jetzt stellen WIR uns quer!



Sollte die Politik mit ihren Kürzungsplänen durchkommen, stünde uns ein Sozialabbau von bislang unabsehbarem Ausmaß bevor. Das Vertrauen in das Beamtenrecht wäre zutiefst erschüttert.

Für den Einzelnen machen sich die Kürzungspläne wie folgt "bezahlt":

- Dem aktiven Beamten werden letztendlich bis zu 1/8 seiner Brutto-Bezüge vorenthalten,
- Versorgungsempfänger müssen auf 1/6 ihrer Bezüge verzichten.

Damit nicht genug:

- Per Öffnungsklausel soll der Flächentarifvertrag aufgeweicht werden.
- In die gleiche Kerbe schlägt der angedrohte Ausstieg aus den Arbeitgeberverbänden der Länder und Kommunen - damit sind die Tarifbeschäftigten ebenso betroffen.

Im Klartext:

Die Polizistinnen und Polizisten sollen zahlen, was die Politik mit einer verfehlten Steuer- und Beschäftigungspolitik verschuldet hat!

Wir haben genug gezahlt:

- Der öffentliche Dienst wurde bei Haushaltschwierigkeiten stets als Erster zur Kasse gebeten.
- Die Verdienste im öffentlichen Dienst sind hinter der Einkommensentwicklung in der Wirtschaft deutlich zurückgeblieben.
- Die Versorgungsbezüge wurden und werden gekürzt.

Bekommen haben wir dafür in der Polizei:

- enorme Arbeitsverdichtung,
- längere Arbeitszeiten,
- wachsende Überstundenberge,
- steigenden Stellenabbau ...

**Wir sind nicht Spielball der Politik!
Lassen wir uns nicht schon wieder in die Taschen fassen!**

Jetzt stellen WIR uns quer!